

Hans-Joachim Schabedoth

Korrektiv oder Alternative?

Die Chancen der SPD für 2017 stehen nicht schlecht

War es eine Überraschung, dass sich am 22. September nur ein Viertel der Wählerschaft für die SPD entscheiden konnte? Nicht wirklich. Seit Monaten schienen sich die Demoskopien einig, die SPD schneide besser ab als 2009, aber für eine rot-grüne Mehrheit werde es nicht reichen. Spitzenkandidat Peer Steinbrück erfuhr, wie rasch sich die Halbwertszeit zwischen »Hosiana!« und »Kreuzigt ihn!« verkürzte. Tapfer stand er es durch. Solidarisch wie selten stand die Partei hinter ihrer Nummer 1, verzieh Eigentore und Stinkefinger. Und für Klartext-Reden nach Steinbrück-Muster wird es hoffentlich zu allen Zeiten in der SPD einen Raum geben. Wer keine Ecken und Kanten hat, kann auch keine Anstöße vermitteln. Insofern war Peer Steinbrück der Gegenentwurf zur letztendlich doch wieder erfolgreichen Amtsaussitzerin. Wieder einmal wurde Kontinuität statt Aufbruch gewählt. Der SPD-Kanzlerkandidat stand für Aufbruch und Politikwechsel.

Das SPD-Wahlprogramm lässt sich auch jetzt noch als Fahrplan einer Politik lesen, die soziale Spaltung nicht duldet, sondern überbrücken will. Wildwest auf den Arbeitsmärkten statt sozialer Ordnung? Nicht mehr mit der SPD von heute, die ihre Irrtümer von gestern eingesehen und korrigiert hat. Dass der aktive Staat mit Steuern steuert, für FDPler ein Graus, ist für die SPD eine Binsenweisheit. Und selbst für die Union ist es eine Grundweisheit, zu der sie sich allerdings situativ taktisch verhält. Noch zeigt sie sich überzeugt, alles ließe sich aus den Zuwächsen einer guten Wirtschaftskonjunktur finanzieren.

Energiewende? Die erreicht man nicht, wenn man sie in Sonntagsreden beschwört, sondern an den Werktagen befördert. Ein

Wirtschaftsminister der FDP kann jetzt jedenfalls nicht mehr bremsen. Nicht zuletzt stehen die SPD und ihr Programm über den Wahltermin hinaus für ein Europa, das von demokratisch gewählten Politikern mit sozialen Bindungen regiert statt von den Finanzmärkten diktatorisch kujoniert wird. Hinsichtlich der fatalen Vorliebe der Union für perspektivloses Kaputtsparen hatte die SPD im Wahlkampf leider ohne größere Resonanz tapfer versucht, gegen den weitverbreiteten makroökonomischen Analphabetismus der Populisten anzugehen. Trotzdem beginnt sich die Einsicht durchzusetzen, dass sich z.B. die Griechen nicht aus ihrer Krise heraus sparen können, solange ihre Tankerkönige kaum Steuern zahlen und die Finanzmärkte den Taktstock schwingen, dem sich die Politik willig fügt.

Die Wahlkampfbotschaften liegen auch im Rückblick auf der Höhe der Zeit, obwohl sie der SPD nur einen Zuwachs von 2,7% eingetragen haben. Es sieht also doch so aus, als sei der Fortschritt eine Schnecke. Doch könnten weitere vier Jahre Opposition das Schneckentempo beschleunigen? Was würde bis dahin mit den Abgehängten auf den Niedriglohnmärkten? Wer könnte im Wettlauf mit steigenden Mieten mithalten? Sollen die Kinder aus Einwanderer-Familien weitere vier Jahre warten, bis sie »Ja« sagen dürfen zur deutschen Staatsbürgerschaft, ohne die Wurzeln zum Heimatland ihrer Eltern kappen zu müssen? Bleibt die deutsche Politik in Europa Teil der Probleme oder kann sie nicht doch für Lösungen sorgen? Den Politikern aller Parteien, die ihren Wahlkreisen verantwortlich sind, dürfte nicht verborgen geblieben sein, dass die Kommunen möglichst früh und nicht irgendwann

eine bessere Finanzausstattung benötigen. Zudem bleiben keine vier Jahre Zeit, um die nötigen politischen Weichenstellungen für den wirtschaftlichen Erfolg auf den Leitmärkten der Zukunft zu organisieren. Das heimliche Kalkül, die Kosten der Ener-

*Für die nötigen
Weichenstellungen
bleiben keine
vier Jahre Zeit*

gievende den Verbrauchern aufzudrücken, um ihnen irgendwann durch die Hintertür den vormodernen Atomstrom wieder als Zukunftstechnologie anzudienen, darf nicht vier weitere Jahre wirkmächtig bleiben. Kann also nicht jetzt schon vieles auf den Weg gebracht werden, was ansonsten bis 2017 warten müsste?

Mit dieser Frage hat sich die SPD, orientiert auf den Regierungs- und Politikwechsel, in den vergangenen Wochen intensiv auseinandergesetzt. Das Wahlergebnis hat die SPD nicht in die Lage gebracht, auf allen wichtigen Entscheidungsfeldern der Politik den Kurs zu ändern. Das stimmt, befreite aber nicht von der Verpflichtung, im Gefüge der neuen Sitzverteilung im Bundestag nach Mitgestaltungs- und Einflusschancen zu suchen. Mit den Grünen reicht es nicht. Regieren mit wechselnden Mehrheiten, das entpuppte sich schnell als eine theoretische, aber keine praktische Alternative. Schneller als es der SPD lieb sein sollte, drohten Neuwahlen mit einer schwarzen Übermacht samt Wiederbelebung der FDP. Die andere Möglichkeit Rot-Rot-Grün lässt sich derzeit und in Vorausschau auf die nächsten Jahre gegen einen schwarzen Block, dem es nur an fünf Stimmen zur Mehrheit fehlt, nicht nutzen. Dazu fehlt es an politischen Übereinstimmungen und vor allem am Grundvertrauen in die Zuverlässigkeit der ganzen Mannschaft auf einem Schiff im permanenten Shitstorm ihrer Widersacher. Das muss nicht auf Dauer so bleiben. Auch die Grünen brauchten bis in die 90er Jahre ihre Zeit, um politik- und koalitionsfähig zu werden. Bis 2017 bleibt somit offen, ob die bis dahin real-existierende Linkspartei ei-

nem Reformbündnis links der Mitte mehr neue Freunde zuführt als alte abschreckt.

Und mit der Union soll das alles besser werden? Ausgezahlt hat sich die erste Koalition mit Angela Merkel für die SPD jedenfalls nicht. Das stimmt. Die ganze Legislaturperiode erfreuten sich Angela Merkel und die ihren auf dem Sonnendeck des Regierungsdampfers, während die SPD im Maschinenraum schuftete. So wurde es oft kommentiert. Bis heute ist das für viele ein Trauma, der Absturz von 34,2 % 2005 auf 23 % 2009 ist unvergessen. So wie die FDP sich in ihre verdiente Bedeutungslosigkeit koalierte, könnte es auch der SPD erneut gehen. Aber wer hatte die SPD im Maschinenraum eingesperrt? War die Große Koalition für die SPD wirklich eine Erfolgsgeschichte, die der Wählerschaft nur nicht einleuchtend genug erklärt worden war? Schon vergessen der Fehlstart mit der Mehrwertsteuererhöhung, die Rente mit 67, der vierfache Verschleiß an der SPD-Spitze?

Dass man sondieren muss, was geht, war in der SPD schnell einmütig entschieden. Der Kurs, nach Interessenüberschneidungen in konkreten Koalitionsverhandlungen zu suchen, ergab sich folgerichtig. Diese Konsultationen standen nicht unter Zeitdruck. Schließlich wollen die Bürgerinnen und Bürger im Koalitionsvertrag lesen, ob und wie große Probleme gelöst werden sollen, und nicht, welche Prüfaufträge man sich vornimmt.

Sigmar Gabriel hatte auf dem Leipziger Parteitag einmal mehr bekundet, den SPD-Mitgliedern nur einen Koalitionsvertrag zur Abstimmung vorzulegen, der unter anderem den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und die doppelte Staatsbürgerschaft enthält. Das ist gelungen. Der Koalitionsvertrag hat eine unverkennbare sozialdemokratische Prägung, sollte aber nicht als SPD-Regierungsprogramm missverstanden werden. Den gesetzlichen Mindestlohn 8,50 Euro gibt es erst ab 2015, immerhin. Bessere Tarifbindung und somit bessere Tariflöhne, dafür sind die Weichen

gestellt. Leiharbeit und Werkverträge dürfen die Tarifbezahlung nicht unterlaufen. Es gibt die abschlagfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren, eine sozial verträgliche sowie bezahlbare Energiewende, die Abschaffung des »Optionszwanges« für die in Deutschland geborenen Einwandererkin- der. Auf der Haben-Seite finden sich Investitions- und Finanzausgaben für die Kommunen und für eine bessere Pflege. In der EU-Politik ist Schluss mit »Merkel hat das letzte Wort«. Auch im kleiner Gedruckten findet sich Weiteres, was das Leben und Arbeiten der Menschen verbessern könnte, selbst wenn noch vieles fehlt, was sozialdemokratisch wünschbar aber derzeit mit der Union nicht vereinbar erscheint.

In der Union hatte man es leichter als in der SPD, sich erfolgreich zu fühlen: Merkel bleibt Kanzlerin. Das war manifestes Wahlanliegen. Und es soll auch keine Steuererhöhungen geben, schließlich ist man irgendwie ja schon traditionell die Schutzmacht der Gutbetuchten. Ein Schönheitsfehler nur, dass die selbstermächtigten Sprecher der Wirtschaft sauer sind, weil es für miese Löhne nun eine höhere Messlatte gibt. Doch auch sie werden schnell einsehen, dass man selbst dann noch gute Profite erzielt, wenn 8,50 Euro Mindestnorm für anständige Bezahlung sind. Die hellsichtigeren Kritiker der Union ahnen vielleicht auch schon, was ihre Tonangeben derzeit noch nicht zugeben: Sehr unwahrscheinlich ist es, vier Jahre lang die Balance zwischen nötigen sowie neu vereinbarten Staatsausgaben und den vorhersehbaren Steuereinnahmen zu halten, ohne die von vielen Normalverdienern schon jetzt als obszön empfundene Privilegierung höherer Einkommen und Vermögen anzutasten. Eine Nachwuchsriege in der Union empörte sich aber, weil zukünftig alle im

richtigen Arbeitsleben, die schon 45 Jahre rentenversichert sind, abschlagfrei in den Genuss ihrer ohnehin kaum üppigen Rente kommen dürfen.

Ein Novum bei der Entscheidungsfindung in der SPD: Nicht nur die Parteiführung, nicht nur Delegierte und schon gar nicht allein die SPD-Bundestagsfraktion, sondern alle SPD-Mitglieder mussten entscheiden: Wollen wir politische Verantwortung für die Mitgestaltung der Bundespolitik in den nächsten vier Jahren übernehmen? Oder überlassen wir das den anderen. Über deren unzulängliche Politik hätte man sich dann jeden Tag neu ereifern können, bis 2017 wieder eine neue Chance kommt, sich mit einem Zuwachs von 2,7 % für gute Oppositionspolitik belohnen zu lassen. An der Mitgliederbefragung beteiligten sich die Genossen und Genossinnen unerwartet eifrig. 78 % waren dabei, davon stimmten mehr als drei Viertel für das ausgehandelte Vertragswerk. Der ganze langwierige Entscheidungsprozess hätte so einfach sein können, gäbe es nicht das Verantwortungsgefühl für soziale Gerechtigkeit, das alle SPD-Mitglieder selbst dann verpflichtet, wenn sie derzeit nur ein Viertel der Wählerschaft gewinnen können. Das Ja der SPD-Mitgliedschaft erlaubt nunmehr die Einflussnahme auf den Gang der Regierungsarbeit unter einer wiedergewählten Kanzlerin Merkel. Die Chancen und Risiken, für die notwendigen politischen Richtungswechsel wurden sorgsam, mitunter auch selbstquälerisch gewichtet. Wer bloß beobachtet und schnell selbstgerecht urteilt wie Frau Slomka wird das nie nachvollziehen können. Die Alltagsarbeit beginnt jetzt und wird – wenn es gut läuft bis 2017 – Auskunft geben müssen: Ist die SPD als Regierungspartner nur das soziale Korrektiv oder die Alternative zur Union?



Hans-Joachim Schabedoth

war lange in der gewerkschaftlichen Politikberatung tätig, seit September 2013 ist er SPD-Bundestagsabgeordneter. Zuletzt erschien: *Angela Merkel verwaltet – Deutschland verliert. Chronik und Bilanz schwarz-gelber Politik*, Schüren 2013).

hans-joachim.schabedoth@bundestag.de